

und reagierte ähnlich archaisch. Die verschleierte Herrschaftsverhältnisse offenbarten ihr wahres Gesicht in der Brutalität des Polizeiterrors. Selbst den Ungeübten wurde die Interpretation erleichtert. So entsteht hier das Paradox, daß ich für die Zukunft der Informationstechnik zunächst an technisch gänzlich unentwickelte Formen der Kommunikation appelliere. Daß es mir dabei nicht ähnlich ergehe wie Demokrit unter den Abderiten, bleibt nur zu hoffen. Der nämlich wurde ausgelacht, als er, von fernen Ländern zurück, weder über Riesen noch Zwerge, Kentaurer oder einäugige Zyklopen zu berichten wußte, sondern nur von ganz gewöhnlichen Menschen:

Auf die Dauer ist das Flugblatt gegenüber der Massenpresse zur Ohnmacht verurteilt! Wenn zukünftig solche Formen der Aufklärung nicht nur Strohfeder sein sollen, so bedürfen sie einer Basierung. Darum wird es in absehbarer Zeit für den kritischen Intellektuellen eine weitaus revolutionärere Praxis sein, darauf zu verzichten, mit konservativen Programmdirektoren sich anzulegen, und statt dessen in die Schulen, Universitäten, Arbeiterbildungsorganisationen zu gehen. Wir brauchen den Unterdrückten nichts von ihrem Elend zu erzählen. Das erleben sie täglich. Wir müssen sie nur in die Lage versetzen, diese Erlebnisse ableiten zu können. Dann werden auch die Nachrichtenmedien emanzipativen Charakter annehmen. Denn der hochtechnisierte Apparat der gesellschaftlichen Informationsübertragung übermittelt schon heute mehr Wissen, als den Herrschenden lieb sein dürfte. Es kommt nur darauf an, die Beherrschten zu lehren, dieses Wissen zu entschlüsseln und anzuwenden. Allein so werden wir auch eine Zukunft verhindern, wie sie kürzlich von »twen« in zwei Zeilen gefaßt wurde: »Im Jahr 2000 sind wir reicher, aber Deutschland ist endgültig geteilt!«⁵⁷

⁵⁷ »twen«, 9, 1969, S. 111.

»Solange die entscheidenden strukturellen Voraussetzungen des Faschismus fortbestehen, die in der kapitalistischen Produktionsweise selbst verankert sind, solange sind auch politisch-ideologische Entwicklungen möglich, wie sie im Faschismus kumulierten.«

Rainer Rilling

»DEUTSCHE NACHRICHTEN« IM JAHR 2000?

DIE ZUKUNFT DES FASCHISMUS IN DER BRD

I. DIE VERPASSTE CHANCE DER STUNDE NULL

Nach 1945 schien die demokratische und soziale Neugestaltung Deutschlands möglich. Die alten Herrschaftsgruppen in Bürokratie, Militär, Wirtschaft und Politik, die schon früh ein Interessenbündnis mit der faschistischen Massenbewegung eingegangen waren, um die emanzipatorischen Bestrebungen der sozialen Unterklassen niederzuhalten und das bestehende System der Kapitalverwertung zu sichern, schienen endgültig zerfallen. Breite Bevölkerungsschichten erinnerten sich sehr deutlich an die verantwortliche Mitwirkung der gesellschaftlichen Oberklassen am Sieg des Faschismus. Kirchen, Gewerkschaften und alle Parteien außer der FDP forderten so nach 1945 die Überführung der mächtigen Wirtschaftskonzerne, die der NSDAP schon frühzeitig materielle und politische Unterstützung hatten zukommen lassen, in die demokratische Kontrolle der gesamten Bevölkerung und nahmen eine breite Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen wie Verwaltung, Justiz, Hochschulen, Schulen und Betriebe in Angriff. Widerstandsrecht, Volksbegehren und Volksentscheid sollten vor Übergriffen einer verselbständigten Staatsgewalt schützen, der Ausbau der BRD zu einem sozialen Rechtsstaat sollte die strukturellen Ursachen des Faschismus aus der Welt schaffen.

REAKTION UND REFASCHISIERUNG

Mit Beginn und Verschärfung des Kalten Krieges setzte jedoch ein folgenschwerer Umschwung ein. Nahezu zwei Jahrzehnte lang beschränkte sich der Kampf gegen den Faschismus auf die Hatz nach unteren und mittleren NS-Helfershelfern, und die Ahndung antisemitischer Handlungen; Zutreiber wie Opfer verdrängten die wesentlichen Ursachen des

Faschismus aus ihrem Bewußtsein. Ein neurotischer Antikommunismus überdeckte die brüchige Fassade eines »sozialen« Spätkapitalismus und verhinderte zugleich jede kritische Fragestellung. Durch die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus wurde die Bewältigung der eigenen Vergangenheit und der Gegenwart der sozialistischen Staaten problemlos geleistet und unter der Hand ein Alibi für das nicht eingelöste Versprechen geschaffen, daß die abhängig Arbeitenden über Zielsetzung und Gestaltung des Wirtschaftslebens selbstverantwortlich entscheiden sollten. Wo die Faschismuskonzeption sich nicht dem allgemeinen Trend zur Ideologisierung der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung unterwarf und mit der Konstruktion formaler Totalitarismusmodelle die historische Perspektive und die Besinnung auf die sozialökonomischen Grundlagen politischer Verfassungen aufgab, blieb sie auf akademische Zirkel beschränkt. Erst der beispiellose Aufstieg der NPD und die forcierte und offensichtliche Entwicklung der BRD zum autoritären Staat führte in den letzten drei Jahren zu einem Wiederaufleben der Faschismuskonzeption auf breiterer Basis. Während bis dahin die »soziale Marktwirtschaft« und die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« als nahezu unantastbare Fetische die öffentliche Meinung beherrschten und jeder Zusammenhang zwischen faschistischem Staat und sozio-ökonomischen Grundverhältnissen geleugnet wurde, versuchte nun eine vorwiegend intellektuelle Opposition an die theoretische Aufarbeitung des Faschismus vor und während des Zweiten Weltkrieges wieder anzuknüpfen. Die Ergebnisse dieser neuen Faschismuskonzeption sind freilich so widersprüchlich und uneinheitlich wie die theoretischen und politischen Standpunkte innerhalb dieser Opposition selbst. Die Beurteilung der Zukunft – oder besser: der Chancen – des Faschismus in der BRD steht somit zwar im allgemeinen Rahmen dieser Diskussion, kann aber weder die gegensätzlichen Positionen herausarbeiten noch die eigenen Voraussetzungen ausbreiten.¹

II. THESE: GEWICHTIGE VORAUSSETZUNGEN DES FASCHISMUS BESTEHEN IN DER BRD WEITER FORT

Diese Beurteilung geht von folgender These aus: In der Bundesrepublik bestehen jene spezifisch kapitalistischen Grundverhältnisse, die den Aufstieg faschistischer Massenbewegungen und die Entwicklung zum faschistischen Staat begünstigten, in modifizierter Form ebenso fort wie die politisch-ideologischen Grundströmungen, die den Faschismus vorbereiteten und in ihm ihren Höhepunkt fanden. Das bedeutet zugleich,

¹ Siehe dazu R. Kühnl; R. Rilling, Ch. Sager: »Die NPD«; Frankfurt/M. 1969.

daß das bürgerlich-parlamentarische System der Bundesrepublik nur begrenzt in der Lage ist, die Integration antagonistischer Interessengegensätze und die Überwindung der im kapitalistischen System weiterhin angelegten Krisenmomente zu leisten. Mit dem Aufstieg und der Etablierung der NPD in den Länderparlamenten wurden einige dieser spezifischen Grundzusammenhänge wieder deutlich:

EIGENTUMSHERRSCHAFT UND AUTORITÄRES BEWUSSTSEIN

Unverändert liegt die wirtschaftliche Verfügungs- und Entscheidungsgewalt in wenigen Händen.² Damit besteht trotz »sozialer Marktwirtschaft« oder »klassenloser Leistungsgesellschaft« der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Leistungserstellung und privater, auf herrschaftlich begründeten Eigentums- oder Verfügungsrechten über die Mittel des Produzierens bestehender Aneignung weiter fort. Mehr als der ökonomische interessiert hier der soziale Aspekt dieses Grundwiderspruchs: er besagt, daß die abhängig Arbeitenden weiter fremden und von ihnen nicht kontrollierbaren Herrschaftsbefugnissen über die Erträge ihrer Arbeitsleistungen, die meisten ihrer Arbeitsvollzüge und die betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsprozesse unterliegen. Der Arbeitsprozeß und seine gesellschaftliche Organisation bleiben solange die Karikatur eines demokratisch organisierten und an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten Produktionsprozesses, solange dieser zugleich Kapitalverwertungsprozeß ist. Zwar besteht für den Bürger theoretisch die Möglichkeit, durch periodische Wahlen an politischer Willensbildung teilzunehmen; seine Grunderfahrung in Betrieb, Büro, Militär und Ausbildungseinrichtung ist jedoch Unterwerfung unter fremden Willen, wobei sich die Mittel und die Form der Unterwerfung in den letzten 150 Jahren natürlich geändert haben. Das Befehls-Gehorsam-Prinzip, das dieser herrschaftlichen Grundordnung entspricht, ist durch eine umfangreiche Skala sozialpsychologischer und organisations-technischer Methoden der Autoritätsausübung, »Menschenführung« und Selbstdisziplinierung verfeinert worden, die dieses Verhältnis verbergen hilft und so die disziplinierende Wirkung der Produktionsapparate ergänzt und der unmerklichen Einübung in autoritäre Denk- und Verhaltensweisen dient. Diese machen den abhängig Arbeitenden für die Appelle der politischen Parteien an autoritäre Charaktere empfänglich, da ihm die Chance »antiautoritärer« Emanzipation durch kollektive, solidarische Organisation versperrt ist.

² Nach den Untersuchungen der Professoren Gleitze/Kröle verfügten im Jahre 1963 1,7% der Bevölkerung der BRD über 70% der Mittel der Produktion.

KONKURRENZKAMPF UND GESELLSCHAFTLICHE AGGRESSIVITÄT

Während das jeder Erwerbswirtschaft immanente Konkurrenzprinzip im Prozeß der Konzentration des Kapitals immer mehr außer Kraft gesetzt wird, tritt es in der Auseinandersetzung zwischen wenigen mächtigen Wirtschaftseinheiten immer stärker hervor. Zugleich aber greift es auf bislang weitgehend ausgesparte ökonomische (Landwirtschaft, Handwerk) und außerökonomische (Kunst, Ausbildung) Reservate aus. Diese Ausdehnung der Konkurrenz als Ergebnis des verschärften Zwangs zur Kapitalverwertung bedeutet zugleich auch die totale Verknüpfung von Sozialprestige und materieller Entlohnung mit dem »Bestehen im Konkurrenzkampf« und sozialen Überlegenheits- oder gar Höherwertigkeitsbeweisen. Der allgemeine Zwang zur gewinnträchtigen Verwertung – oder handfester: »die firmen- und männermordenden Wettkämpfe um Kunden- und Marktanteile«³ – machen die zweckgerichtete Aggressivität gegen den Marktkontrahenten keineswegs nur dann zur Regel, wenn die Bildung übermächtiger Wirtschaftsgebilde die völlige Mißachtung der regulierenden und disziplinierenden Eigenschaften des Marktes und den Rückfall in nachgerade militärische Formen des Beutemachens erlaubt. *Das Konkurrenzprinzip, das gegenseitige Abgrenzung und Abhängigkeit zugleich bedeutet, verankert und sanktioniert individuelle und kollektive Aggressivität über den Bereich des Wirtschaftslebens hinaus und wird zu einem konstituierenden Faktor der sozialen Lebenswelt.*

Wenn etwa im US-Fernsehen »alle 14 Minuten wenigstens eine Gewalttätigkeit zu sehen ist und alle Dreiviertelstunden ein Mensch umgebracht wird«⁴, die Bildzeitung in den Monaten Juli bis September 1967 Kapitalverbrechen, Unglücksfälle oder Skandale zum Thema von 63 unter 79, Aufmachern wählte oder das Zentralorgan der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände darauf hinweist, »daß die Betriebspraktiker ... in zunehmenden Maße die Denk- und Verhaltensweisen zu schätzen wissen, die Einstellung zur Ordnung, Pflichterfüllung, Zusammenarbeit ... mit denen bereichert junge Menschen nicht nur nach der Ableistung ihrer Wehrpflicht, sondern auch als Soldaten auf Zeit in die Betriebe zurückkommen«⁵, so wird deutlich, daß die Feststellung des ehemaligen Generalstabsoffiziers W. Schall⁶ sehr realen Hintergrund besitzt: »Armee und Industrie haben die Bestimmung; sich im Kampf – hier im Kampf mit den Waffen, dort im Lebens- und

Wirtschaftskampf – zu bewähren ... sowohl der militärische wie auch der wirtschaftliche Führer (haben es) mit einem Gegner zu tun ... dort der Feind, hier die Konkurrenz.« Der militante Charakter der Attacken großer Wirtschaftskonzerne auf verbliebene Marktgegner und die stetig steigende Wirtschaftskriminalität grenzen jene Verhältnisse ab, für die eine Mentalität kennzeichnend ist, die das »Recht des Stärkeren« und seine Beherrschung der »Schwachen« oder gar »Unwerten« als selbstverständlich ansieht.

VERPROLETARISIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN ZWISCHENSCHICHTEN

Der für die Geschichte des Kapitalismus charakteristische mächtige Zug zur Zentralisation und Konzentration des Kapitals und zur Unterordnung immer weiterer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Gesetze der Kapitalverwertung bringt die ununterbrochene »Zerstörung des Eigentums von vielen zugunsten einer immer kleiner werdenden Minderheit«⁷ mit sich.⁸ Tausende kleinerer und mittlerer Betriebe werden vernichtet oder behalten ihre formale Selbständigkeit nur um den Preis zum Teil extremer wirtschaftlicher Abhängigkeit und völliger Aufgabe ihrer Entscheidungs- und Dispositionsgewalt. Die stetig wachsende Zahl der Lohn- und Gehaltsabhängigen⁹ weist auf die strukturell bedingte Verproletarisierung der wirtschaftlichen Zwischenschichten hin. Dies aber ist eine der Voraussetzungen aller bisherigen faschistischen Massenbewegungen, die sich immer aus gesellschaftlichen Schichten und Gruppen rekrutierten, die gegen ihre soziale, ökonomische und politische Deklassierung kämpften. Gerade der »selbständige Mittelstand«, der sich vom Großkapital auf der einen und der organisierten Arbeiterschaft auf der anderen Seite bedroht fühlt, wobei ihn die Lohnforderungen der Arbeitnehmer viel schwerer als das Großkapital treffen und die Arbeiterschaft die bestehenden Unterschiede im sozialen Status und im Lebenshaltungsniveau immer mehr abbaut, entwickelte Schutz- und Abwehrideologien, die in gesamtwirtschaftlichen Krisensituationen reale politische Potenz gewannen und für die faschistische Ideologie grundlegend waren. Auch das Wähler- und Mitgliederreservoir der NPD besteht zu einem erheblichen Teil aus Angehörigen des selbständigen Mittelstandes, was auf eine klare Beziehung zwischen pessimistischen Wirtschaftserwartungen und der Größe des rechtsextremen Wählerpotentials hinweist.

⁷ E. Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M. 1968, S. 175.

⁸ So sank von 1949 bis 1968 die Anzahl der selbständigen Handwerksbetriebe um 31%, schlossen allein von 1962 bis 1966 16 500 Händler die Geschäfte und wurden von 1949 bis 1966 rund 550 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben.

⁹ Von 68,4% (1950) auf 80,6% (1967).

³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. 9. 1968.

⁴ *Frankfurter Rundschau* vom 15. 2. 1969.

⁵ *Der Arbeitgeber* Nr. 18, 1967.

⁶ W. Schall: *Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft*.

KLASSENGEGENSÄTZE UND INTEGRATIONSIDEOLOGIEN

Seit den wirtschaftlich herrschenden Gruppierungen des Bürgertums – spätestens mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts – die Gefahr droht, daß ihre Verfügungs- und Entscheidungsgewalt im wirtschaftlichen und politischen Bereich auf dem Wege demokratischer Mehrheitsbildung eingeengt und die bürgerliche Qualität des Staates aufgehoben werden kann, besteht für sie die Notwendigkeit, die Zugangsmöglichkeiten der Arbeitnehmer zu den staatlichen und ökonomischen Entscheidungszentren einzuschränken.

Diese Grundtendenz spiegelt sich unter anderem in der Anwendung physischen Terrors in der Frühzeit der Arbeiterbewegung, der Übertragung eines kleinen Teils des in imperialistischen Kriegen gewonnenen Reichtums auf die Arbeiter, der »Verstaatlichung« der Arbeiterparteien und Gewerkschafter durch die Übergabe von »Verantwortung« für den Produktionsprozeß¹⁰ oder der Überführung der Arbeiterorganisationen in parlamentarische oder staatliche Institutionen.

Eine gewichtige Rolle spielt auch die Ausbildung verschiedenster Integrationsideologien, womit keineswegs notwendig ein bewußt gesteuerter Prozeß mit bedachter Zielsetzung gemeint ist. So setzte das Bürgertum den feudalen Dynastien die Ideen der souveränen Nation und des »Gemeinwohls« entgegen; diese Forderungen nahmen erst mit der allmählichen Fortentwicklung der Produktivkräfte und der Entstehung tiefgreifender Klassegegensätze objektiv den Charakter von Integrationsideologien an, an die sich die nunmehr herrschenden bourgeois Interessen hefteten: *Solche Integrationsideologien, die die abhängigen Klassen wie die ökonomischen Zwischenschichten über ihre reale Interessenlage beirrten und täuschten, kamen aber jenen spezifisch kapitalistischen Grundverhältnissen entgegen, die Bildung und Aufstieg faschistischer Massenbewegungen begünstigten.* Während beispielsweise die liberale Wirtschaftsgesellschaft den Menschen den Bedingungen ökonomischer Konkurrenz unterwarf, die ihn der Chance zur Solidarität und kollektiven Selbstverwirklichung beraubten, gab sie ihm zugleich die Möglichkeit, sich als Individualität zu konstituieren. Doch von der Möglichkeit abgeschnitten, zu einer allgemeinen Identität mit seinen sozialen Gegenspielern zu kommen und die bestehenden überindividuellen gesellschaftlichen Interessengegensätze aufzuheben, versuchte er dies durch die Regression in die abstrakte Solidarität völkischer oder rassistischer Gemeinwohlsideologien doch zu erreichen. Gerade die Versuche der wirtschaftlichen Zwischenschichten, gegen ihre soziale Deklassierung durch den Ruf nach dem »stärkeren Staat« und der dauerhaften Stabilisierung des

¹⁰ Etwa Betriebsrätegesetz 1920, Zentrale Arbeitsgemeinschaft usw.

gesellschaftlichen Status quo – notfalls durch Gewaltmaßnahmen – anzugehen, können als Kampf um die Wiedergewinnung ihrer sozialen Identität begriffen werden. Die Gewöhnung an autoritäre Denk- und Verhaltensweisen erleichtert dabei die ideologische Interessenüberfremdung durch völkische, rassistische oder nationalistische Kollektivideologien, die den einzelnen geschädigten Individuen »Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen«¹¹ bieten.

III. IST DIE BRD BEREIT ZUM FASCHISMUS?

Soll die Chance des Faschismus in der BRD diskutiert werden, muß nach der Darstellung der künftig noch vorhandenen strukturellen Ursachen des Faschismus gefragt werden:

1. Wie umfangreich ist das gegenwärtig vorhandene Potential?
2. Wo liegen die Interessen der sozialen Oberklassen in der BRD?

Das Aufkommen der NPD hat zahlreiche Illusionen über das Potential einer faschistischen Partei in der Bundesrepublik gründlich zerstört. Die verschiedenen Wahlergebnisse haben zunächst gezeigt, daß in der BRD im Unterschied zur Weimarer Republik grundsätzlich keine bedeutende gesellschaftliche Gruppe gegen faschistische Parolen völlig immun ist. Mit der allmählichen Zersetzung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft und der Lockerung der kirchlichen Bindungen der katholischen Bevölkerung¹² konnte es der NPD gelingen, Einbrüche in diese vormals weitgehend immunen Wählergruppen zu erzielen. Die Ausbreitung spezifisch kleinbürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen (Statussinn usw.) bis in die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hinein und die weitgehende Entpolitisierung breiter Massen fanden zwar ihren Ausdruck in der Verschmelzung der einstmals politisch konkurrierenden Parteien mit den Führungsstäben mächtiger gesellschaftlicher Organisationen in eine »plurale Einheitspartei«¹³. Dennoch war sie nicht in der Lage, in einer sich andeutenden gesamtwirtschaftlichen Krisensituation trotz des umfangreichen ökonomischen und sozial-technischen Instrumentariums den sich entwickelnden Rechtsextremismus unter Kontrolle zu halten. Die strukturell bedingten Verunsicherungsprozesse¹⁴ können offensichtlich gegenwärtig trotz und wegen des hohen Grades allgemeiner Entpolitisierung nur bedingt gedämpft werden; zudem genügt in der BRD, im Gegensatz zu Weimar, offensichtlich

¹¹ Adorno, Eingriffe, Frankfurt/M. 1966, S. 135.

¹² Vgl. »Kirche im Kapitalismus I«.

¹³ Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

¹⁴ Etwa im Kleinhandel, im Handwerk und in der Landwirtschaft; zu denken ist aber auch an die Automatisierung, die jährlich rund 1,7 Mio. Arbeitskräfte »freisetzt«.

schon eine leichte Rezession statt einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, um vorhandene Ressentiments und Sehnsüchte politisch zu aktualisieren und zu potenzieren. Umfangreiche empirische Untersuchungen haben ergeben, daß über die Hälfte der bundesrepublikanischen Bevölkerung im Jahre 1968 zentralen Motiven der faschistischen Ideologie zustimmte: Etwa 56% der Bevölkerung waren der Meinung, daß die BRD eine »Erfüllungspolitik gegenüber den Siegern« treibe, und 58% hatten gegen »eine starke nationale Führungspersonlichkeit, wie wir sie früher hatten«, nichts einzuwenden, »wenn sie gerecht wäre und wirklich für alle sorgt«; 50% hielten gar den Nationalsozialismus »im Grunde (für) eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde«, 39% plädierten für »eine einzige starke Partei«, und für 68% hat die Opposition die Regierung nur »konstruktiv« zu unterstützen, statt sie zu kritisieren und zu kontrollieren.¹⁵ Breite Grundströmungen in der BRD entspringen demnach aus der Tradition zentraler Elemente der faschistischen Ideologie; der größte Teil der Bevölkerung ist zudem anscheinend nicht in der Lage, seine private Existenz und seine gesellschaftliche Situation in einem politischen Beziehungsgefüge zu sehen und nach politischen Kategorien zu analysieren: Eine jüngst veröffentlichte Studie erbrachte das repräsentative Ergebnis, daß zwei Drittel der befragten Arbeiter »offenbar nicht (verstehen), was mit ihnen und was um sie herum geschieht, wie sie also ihre persönlichen Erfahrungen einordnen sollen«¹⁶. Angesichts dieser kaum gebrochenen Kontinuität wichtiger Motive der faschistischen Ideologie, die einem beträchtlich zersetzten politischen Bewußtsein einfache und klischeehafte Bewältigungsmöglichkeiten einer entfremdeten Lebenswelt bietet, überrascht es kaum, wenn nach der Analyse des Kölner Instituts für vergleichende Sozialforschung im April 1968 22,8% der Wahlberechtigten Baden-Württembergs der NPD mehr oder weniger eindeutig mit Sympathie gegenüberstanden. *Der Schluß scheint legitim, daß das Potential der NPD noch wesentlich höher liegt.*

Die in einigen Fällen kaum verhohlene Sympathie der Wirtschaft und die Politik der Regierungsparteien während der Zeit der Großen Koalition, es bei einer bloßen Verbotsdrohung zu belassen und die NPD nicht völlig auszuschalten, dafür aber ihre politischen Zielsetzungen zu übernehmen, um Wählerabwanderungen zu vermeiden¹⁷, zeigen deutlich das Interesse relevanter Teile der wirtschaftlichen und politischen Führungseliten an den Zielsetzungen des Rechtsextremismus. Bislang freilich haben sie die NPD meist mehr durch Passivität als durch aktive materielle und politische Hilfe unterstützt.

¹⁵ Siehe R. Kühnl, R. Rilling, Ch. Sager: »Die NPD«, S. 327 ff.

¹⁶ »Die Zeit« vom 26. 7. 1968.

¹⁷ Hierfür ist der Wahlkampf 1969 der CDU/CSU symptomatisch.

Unter jenen Bedingungen, die ein Interesse der sozialen Oberklassen an der Etablierung des faschistischen Staates begründeten, stehen die Gefährdung der privathkapitalistischen Wirtschaftsweise als ganzer durch emanzipatorische Bewegungen der sozialen Unterklassen und die Bedrohung des Systems durch wirtschaftliche Zersetzungs Vorgänge an erster Stelle. Um diese Gefahren abzuwenden – was mit den friedlich-konstitutionellen Methoden des bürgerlich-parlamentarischen Systems nicht mehr möglich war – und damit ihre eigene Position und das Gesamtsystem, auf dem diese beruhte, zu retten, gingen die Oberklassen Interessenbündnisse mit der faschistischen Massenbewegung ein. Die historische Erfahrung dieser Bedingungen und der realen Praxis des faschistischen Staates (Ausschaltung antikapitalistischer Bestrebungen, staatliche Regulierung wirtschaftlicher Prozesse etc.) hat – neben anderen Faktoren – bewirkt, daß dem bürgerlich-parlamentarischen System der BRD wesentlich mehr Möglichkeiten zur präventiven Abwendung dieser drohenden Gefahren im Rahmen eines formal rechtsstaatlich-parlamentarischen Verfassungssystems zur Verfügung stehen. Die Grenzen dieser Möglichkeiten der Integration antagonistischer Interessen und Ausschaltung von Krisenelementen im spätkapitalistischen Wirtschaftssystem könnten anzeigen, ob die Möglichkeit ausgeschlossen werden kann, daß faschistische Massenbewegungen durch die soziale Oberklasse unterstützt und an die Macht gebracht werden.

GRENZEN DER INTEGRATION UND PAZIFIZIERUNG

Mit dem Eingriff des Staates in den wirtschaftlichen Gesamtprozeß sollten die Märkte gegen internationalen Konkurrenzdruck gesichert und die tendenzielle Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses langfristig eingedämmt werden. Dadurch wurden die Möglichkeiten des bürgerlich-parlamentarischen Systems zur Integration der Interessen und Überwindung der Krisen erheblich gesteigert. Nun nahm auch die Wirtschaftspolitik des Staates immer mehr den Charakter präventiv wirkender systemadäquater Steuerungstechniken an, die auf die Sicherung von »Stabilität und Wachstum« und damit auf Konfliktvermeidung gerichtet sind, ohne daß dabei auf die Rentabilitätswänge privater Teilinteressen notwendig Rücksicht genommen werden muß. Zu dieser Rolle des bürgerlichen Staates als Garant und Katalysator des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesellte sich als zweite Aufgabe die »Produktion« und Erhaltung von Loyalitätsbereitschaft bei den sozialen Unterklassen gegenüber der bestehenden Herrschaftsordnung. Da der Teil des gesellschaftlich produzierten Reichtums, über den der Staat verfügen konnte, ungeheuer gestiegen war, waren

auch die Chancen einer erfolgreichen Herrschaftsvermittlung und -sicherung angewachsen, so daß in der Regel nicht zu den Mitteln unmittelbarer Gewaltausübung gegriffen werden mußte, wodurch diese Loyalitätsbereitschaft notwendig erschüttert worden wäre. So besteht gegenwärtig ein hochdifferenziertes und umfangreiches System sozialer Entschädigungen, mit dem etwa gegen die politischen Folgen lang andauernder Strukturkrisen angegangen werden kann. So ist es auch möglich, gerade in der Tradition der korporativen Befriedung bestehender Interessengegensätze, wie sie insbesondere der italienische Faschismus entwickelt hat, ursprünglich systemfeindliche Organisationen und Zielsetzungen zu integrieren und zur Herrschaftssicherung mit heranzuziehen. Die Praxis der Mitbestimmung in der Montanindustrie zeigt beispielsweise, daß der möglichen Berücksichtigung von Arbeiterinteressen durch die Bedingungen der betrieblichen Rentabilität Grenzen gesetzt sind und insofern die Mitbestimmung unter dem Zwang zur Mitwirkung am Kapitalverwertungsprozeß steht. Die Einvernahme oppositioneller Ansätze ist um so erfolgreicher, je mehr der traditionelle Bereich technologischer Rationalität – die Verfügbarmachung der Kräfte der Natur – um eine bereits jetzt weit fortgeschrittene Skala von Methoden des Verfügbarmachens der »Kräfte des Menschen und differenzierter Organisationen« erweitert und im strategischen Rahmen von Konfliktvermeidung und Herrschaftsvermittlung eingesetzt wird.

Wenn aber gegenwärtig die systemimmanenten Widersprüche dank der vermittelnden und sichernden Funktion des Staates und der erweiterten herrschaftlichen Verfügungsmöglichkeiten viel stärker kontrolliert, ihre Folgen vorausgesehen und die entsprechenden Konflikte abgeschwächt werden können, so wird zweifellos die »Gefahr«, daß anti-kapitalistische Bewegungen und ökonomische Krisen das bestehende Wirtschaftssystem völlig zerrütten, wesentlich geringer. Man hat vermutet, daß unter diesen Bedingungen die integrierenden Kräfte stärker seien als die systemsprengenden und keine Situation mehr denkbar sei, in der die sozialen Oberklassen emanzipatorischen Bestrebungen auf faschistische Weise begegnen müßten; und weiter, daß die in der BRD zu beobachtende Bildung weniger übermächtiger Herrschaftsoligarchien aus Politik und Wirtschaft »notwendig« und quasi »naturwüchsig« das Hinüberwachsen der BRD in einen faschistischen Staat mit einem nahezu monolithischen Herrschaftszentrum und einem stark erweiterten Machtinstrumentarium erbringen würde. Wer jedoch die Zukunft des Faschismus in einer nach betriebswirtschaftlichen Maximen integrierten und auf organisiertem Konsens gemäß den herrschenden Interessen beruhenden Gesellschaft erblickt, in der ökonomische Ausbeutung durch abstrakt totalitäre Kontrolle abgelöst ist und Technik, Wissenschaft und

Bürokratie selbst repressiv geworden sind, übersieht zu leicht, daß die Grenze für die Einvernahme oppositioneller Kräfte in der Notwendigkeit liegt, das Verhältnis von herrschaftlich begründeter privater Aneignung und kollektiver Produktion aufrechtzuerhalten. Er übersieht, daß Technik, Wissenschaft und Bürokratie ihren verdinglichten Charakter durch ihre Funktionalisierung im Dienste der Kapitalverwertung erhalten und nicht durch irgendeine obskure Eigendynamik; er ignoriert, daß die Grenzen der kapitalistischen Systemsteuerung durch die Existenz konkurrierender Einzelkapitalien gesetzt sind, die – wie die Auseinandersetzung um die DM-Aufwertung 1969 zeigte – die Wirkung staatlicher Steuerungsmaßnahmen zunichte machen können; und er übersieht endlich, daß die Flexibilität funktioneller Herrschaftsvermittlung und -sicherung, die von der Ausübung direkter physischer Gewalt bis zur subtilen Selbstdisziplinierung ursprünglich systemfeindlicher Organisationen reicht, durch das jeweilige Maß des zu diesem Zweck verfügbaren gesellschaftlichen Reichtums begrenzt ist. Die Schwierigkeiten der USA, die äußere Sicherung ihres gesamten Wirtschaftssystems durch den Einsatz einer riesigen Militärapparatur und die innere Sicherung durch konfliktvermeidende Reformen (Kampf der Armut usw.) zu leisten, machen diesen Sachverhalt deutlich. Die Begrenztheit des zu diesem Zweck einsetzbaren gesellschaftlichen Reichtums zwingt den Staat und seine Ausschüsse in der Regel, seine Tätigkeit auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen ökonomische oder soziale Prozesse ablaufen, die für das Gesamtsystem gefährlich werden können, womit weite Teilbereiche vor allem der Infrastruktur oder der Landwirtschaft ausgespart bleiben und somit zur Grundlage eines neuen Konfliktpotentials werden können.¹⁸ So kann zwar auf eine erhöhte Stabilisierungsfähigkeit des kapitalistischen Systems in dem Sinne geschlossen werden, daß die »klassischen« Krisentheorien nur noch beschränkt belegbar sind. Gleichwohl sind die integrierenden (Kooperation zwischen Einzelkapitalien, Staatseingriff) und die desintegrierenden (Konkurrenz der Einzelkapitalien im nationalen und internationalen Rahmen) Tendenzen als zwei Seiten ein und desselben kapitalistischen Verwertungsprozesses aufzufassen, deren konkrete Stärke und Form ganz wesentlich von der relativen politischen Stärke der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen abhängt.

¹⁸ Man denke etwa daran, daß 1968 in der BRD etwa 1 Mio. Personen obdachlos waren und 6 bis 7 Mio., also ungefähr 15% der Gesamtbevölkerung ohne Landwirte, im Bereich des amtlichen Existenzminimums oder darunter lebten.

KAMPF GEGEN INTEGRATION UND PAZIFIZIERUNG

Die Entwicklung der BRD in den letzten drei Jahren zeigt, daß sich die herrschenden Oberklassen der potentiellen Gefahr einer antikapitalistischen Bewegung bewußt sind. Traditionelle Gruppen der Arbeiterbewegung und hochqualifizierte, materiell relativ hochgestellte Gruppen (Techniker, Facharbeiter, Studenten) bilden in der BRD, in Frankreich, Italien oder Spanien die Avantgarde innerhalb antikapitalistischer Bewegungen und zeigen sich dem Mechanismus der Gewährung erhöhter sozialer Entschädigungen gegenüber weitgehend immun; hat sich einmal eine solche Bewegung konstituiert, zeigt sich die Zwieschlächtigkeit der angewandten Integrationstechniken; die »technokratischen« Reformen, die historisch überholt und ineffektive Organisationsstrukturen auflösen und durch systemadäquate ersetzen sollen, geben im dialektischen Umschlag antikapitalistischen Bewegungen die Möglichkeit, auf einer neuen Ebene die »Reformen« in ihrem Sinne weiterzutreiben. Genau diese Gefahr aber scheint gegenwärtig an den Hochschulen zu drohen, wo technokratische Hochschulgesetze Politisierungsprozesse auflösen, statt sie zu verhindern; in dieser Situation versucht man, die Studentenbewegung mit ungewöhnlichem Nachdruck zu disziplinieren (Sondergesetz Ordnungsrecht, Einschaltung der Justiz, finanzielle Repressalien). Diese scharfe Reaktion verdeutlicht aber noch mehr. Sie verweist auf die Bereitschaft, in den letzten Jahren geschaffene oder anvisierte Unterdrückungsinstrumente (von den Notstandsgesetzen bis zur »Vorbeugehaft«) anzuwenden, wenn sich die antikapitalistische Bewegung in andere gesellschaftliche Bereiche ausdehnen und sogar in jenem Bereich Fuß fassen sollte, in dem die Herrschaft ihren Ausgang nimmt: in der Produktionssphäre. Die These, daß die Entwicklung der BRD auf einen integrierten Staat hinsteuere, der auf plebiszitärer Akklamation und einem nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gestalteten Organisationsmodus beruhe, findet somit ihre konkreteste Widerlegung im Versagen der Gewerkschaften in ihrer Funktion als »Ordnungsfaktoren« (wie die größte Wilde-Streik-Bewegung der Geschichte der BRD im September 1969 zeigte) und in der eilfertigen Errichtung und auch Praktizierung (im Hochschulbereich) eines Instrumentariums, das keineswegs auf friedliche Konfliktbehebung und -steuerung abgestellt ist. Hier zeigt sich am klarsten, daß die sozialen Oberklassen weiterhin mit Situationen rechnen, in denen politische Emanzipationsbewegungen oder ökonomische Zersetzungsprozesse eine bedrohliche Entwicklung für das Gesamtsystem einleiten können. In einem solchen Fall könnten sie erneut bereit sein, Bündnisse mit faschistischen Massenbewegungen zu schließen – wobei vermutet werden kann, daß diese Massenbewegun-

gen wesentlich stärker im politischen Interesse der Oberklassen instrumentalisiert werden können und sie ihre politische Dynamik weniger aus Eigenimpulsen als aus »öffentlich«-autoritär verordneter Mobilisierung erhalten würden.¹⁹ Eine relative Autonomie, wie sie etwa die NSDAP zuzeiten aufwies, ließ sich für vergleichbare Bewegungen angesichts der überragenden Bedeutung des Funktionsträgers Staat wohl kaum noch erreichen. Der autoritäre Staat hat sein Unterdrückungsinstrumentarium, dessen wichtigsten Teil die »einfachen« Notstandsgesetze bilden, in den letzten drei Jahren auf eine solche Ebene gehoben, daß der Übergang in einen faschistischen Ausnahmezustand dabei ohne allzu schwerwiegende politisch-rechtliche Legitimationsbrüche vollzogen werden kann, so daß auch insofern die Chance und Notwendigkeit besteht, sich entwickelnde faschistische Massenbewegungen frühzeitig zu instrumentalisieren und zu »disziplinieren«.

IV. DIE ZUKUNFT DES FASCHISMUS IN DER BRD

Abseits von düsteren Spekulationen über die methodische Vervollkommnung der Herrschaftsausübung im Dienste der Kapitalverwertung oder von nicht zu beweisenden Prognosen über eine zukünftige völlige Krisenlosigkeit des Kapitalismus kann doch so viel gesagt werden: *Solange die entscheidenden strukturellen Voraussetzungen des Faschismus bestehen, die in der kapitalistischen Produktionsweise selbst verankert sind, solange sind auch – ohne einem platten Vulgärmarxismus verfallen zu wollen – verschiedene und gewichtige politisch-ideologische Entwicklungen möglich, wie sie im Faschismus kumulieren. Die soziale Funktion dieser Tendenzen, deren konkrete Inhalte freilich nicht unveränderlich festliegen²⁰, bleibt dieselbe: Erhaltung einer starken Staatsexekutive, Garantie eines politisch ungestört ablaufenden Wirtschaftsprozesses und Ausschaltung emanzipatorischer Bewegungen der Unterklassen.* Entgegen den offiziösen Verlautbarungen und auch der Ansicht vieler kritischer Politologen und Soziologen ist das Potential des Faschismus, die Verbreitung zentraler – häufig historisch »überholt« geglaubter – Motive der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik außerordentlich stark, wenn auch die Partei, die diese Motive in der reinsten Form repräsentiert, im Bewußtsein der Bevölkerung viel stärker isoliert ist, als dies der realen Verbreitung dieser Motive entspräche. Si-

¹⁹ Die Berliner »Freiheitskundgebung« vom 21. 2. 1968 bietet ein Beispiel dafür.

²⁰ Die faschistische »Ideologie« hat nie eine einheitliche Prägung angenommen, sondern es ist charakteristisch für sie, daß sie die heterogensten Elemente aufgriff und vereinigte.

tuationen, in denen sich Massenbewegungen formieren und die sozialen Oberklassen mit ihnen zusammenarbeiten, sind ebenfalls nicht auszuschalten. Das Unterdrückungsinstrumentarium des autoritären Staates steht schon bereit.

Von der Fähigkeit der sozialistischen Opposition in den Schulen, Universitäten und Betrieben, sich zu organisieren und in langandauerndem Zorn den politischen Kampf gegen Refaschisierungstendenzen erfolgreich zu führen, hängt es ab, ob solche Situationen vermieden werden können.

»Politische Resignation, Manipulierbarkeit und Sündenböckjagd müssen durch politisierende Praxis in soziologische Phantasie umgewandelt werden, in die Fähigkeit, die Probleme dort zu entdecken, wo sie verankert sind. Solange die Bachmanns die Dutschkes umzubringen versuchen, um sich selber zu helfen, handeln sie nur im Interesse derjenigen, die mit dazu beitragen, daß sie so hilflos geworden und geblieben sind.«

Klaus Horn

FÜR EINE BEFREIUNG DER ABHÄNGIG ARBEITENDEN

ES GIBT IN DER TAT EIN KLÄSSENBEWUSSTSEIN

Es kann sehr gut sein, daß es das Geheimnis der faschistischen Propaganda ist, daß sie die Menschen einfach nimmt, wie sie sind: wahre Kinder der zeitgenössischen standardisierten Massenkultur, in hohem Maße der Autonomie und Spontaneität beraubt, anstatt daß sie Ziele setzten, deren Realisierung den psychologischen Status quo nicht weniger transzendieren müßte als den sozialen.«

Das schrieb Adorno 1951 in einer Arbeit, in der er die psychodynamischen und gesellschaftlichen Gesetze der faschistischen Propaganda untersuchte. Wollen wir den Gedanken von uns weisen, daß – jenseits der unmittelbar faschistischen – alle politische Propaganda die politische Hilflosigkeit ausnutzt und den Menschen vorgaukelt, sie könnten sich ruhig jenen anvertrauen, die Ruhe und Ordnung, die Sicherheit und keine Experimente garantieren? Wollen wir von uns weisen, daß alle politische Propaganda, die den Desorientierten Wegweisungen suggeriert, die sie nur in ihrer Abhängigkeit fixieren, etwas von faschistischer Propaganda hat, insofern sie Menschen in Masse und Elite aufteilt und »die Masse« zynisch verachtet? Wollen wir von uns weisen, daß überhaupt das Einreihen von Politik unter die zu vertreibenden Markenartikel deutlich zeigt, wer die Politik macht und wer sie nur konsumiert, wer Spontaneität und Autonomie, wer die Reflexion des Wählers auf seine eigene reduzieren und die Interessen der Allgemeinheit durch Reflexe ersetzen möchte, die ein vertrauenerweckendes Politikergesicht bei jenen auslöst, die um ihren Arbeitsplatz, um den Wert ihres Einkommens bangen, die letzten Endes von sich selber sagen, daß sie von Politik nichts verstehen, daß »die da oben« das ruhig machen sollten;